

UNO-Menschenrechtsrat: Resolution zu israelischen Siedlungen

07.04.2016

Categories: Andere

HRC31

L.39 Israeli settlements in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and in the occupied Syrian Golan

003.00

ABST	ALBANIA	ABST	GERMANY	YES	PHILIPPINES
YES	ALGERIA	ABST	GHANA	ABST	PORTUGAL
YES	BANGLADESH	YES	INDIA	YES	QATAR
ABST	BELGIUM	YES	INDONESIA	ABST	REPUBLIC OF KOREA
YES	BOLIVIA (PLURINATIONAL STATE OF)	YES	KENYA	YES	RUSSIAN FEDERATION
YES	BOTSWANA	YES	KYRGYZSTAN	YES	SAUDI ARABIA
YES	BURUNDI	ABST	LATVIA	ABST	SLOVENIA
YES	CHINA	YES	MALDIVES	YES	SOUTH AFRICA
YES	CONGO	YES	MEXICO	YES	SWITZERLAND
YES	COTE d'IVOIRE	YES	MONGOLIA	ABST	THE FORMER YUGOSLAV REPUBLIC OF MACEDONIA
YES	CUBA	YES	MOROCCO	ABST	TOGO
YES	ECUADOR	YES	NAMIBIA	YES	UNITED ARAB EMIRATES
YES	EL SALVADOR	ABST	NETHERLANDS	ABST	UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND
ABST	ETHIOPIA	YES	NIGERIA	YES	VENEZUELA (BOLIVARIAN REPUBLIC OF)
ABST	FRANCE	YES	PANAMA	YES	VIET NAM
ABST	GEORGIA	ABST	PARAGUAY		
	YES	32	NO	0	ABST
					15

Der UNO-Menschenrechtsrat hat am 22. März 2016 zwei wichtige Resolutionen zu den israelischen Siedlungen und zur Rechenschaft für Völkerrechtsverletzungen in den besetzten palästinensischen Gebieten verabschiedet. Darin verurteilt er erneut die israelischen Völkerrechtsverletzungen in den besetzten palästinensischen Gebieten. Er appelliert an die internationale Staatengemeinschaft, für die Einhaltung des Völkerrechts durch Israel zu sorgen.

Die Schweiz stimmte beiden Resolutionen zu - auch derjenigen zu den israelischen Siedlungen, die das Erstellen einer Datenbank fordert, die alle am Siedlungsbau und -erhalt beteiligte Firmen beinhaltet, und deswegen von den USA und den übrigen europäischen Staaten bekämpft wurde.

BDS Schweiz hat sich mit folgendem Schreiben an das Schweizer Aussendpartement und an Parlamentarier_innen gewendet, in dem wir die wichtigsten Punkte zusammenfassen und die Schweiz auffordern, von ihr mitgetragenen Resolutionen konsequent umzusetzen und ganz konkret den Import von

Siedlungsprodukten zu stoppen.

Brief an das Schweizer Aussendepartement (EDA) über die Resolutionen des UNO-Menschenrechtsrats zu israelischen Siedlungen und zur Rechenschaft für Völkerrechtsverletzungen

Sehr geehrte Damen und Herren

In der [kürzlich veröffentlichten Aussenpolitischen Strategie 2016-2019](#) betont das EDA die Bedeutung des Völkerrechts und schreibt, dass die Schweiz insbesondere die bessere Einhaltung des humanitären Völkerrechts fordert. Wir begrüssen diese Absicht und sehen für Ihr Engagement in Bezug auf die besetzten palästinensischen Gebieten eine besondere Verantwortung.

Der UNO-Menschenrechtsrat hat am 22. März zwei Resolutionen [zu den israelischen Siedlungen](#) und [zur Rechenschaft für Völkerrechtsverletzungen in den besetzten palästinensischen Gebieten](#) verabschiedet. Die Schweiz stimmte beiden Resolutionen zu.

Mit den Resolutionen bestätigt und verurteilt der Menschenrechtsrat die Völkerrechtsverletzungen, die Israel mit seiner Politik in den besetzten palästinensischen Gebieten begeht. Er fordert Israel auf, seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen, und appelliert an die internationale Staatengemeinschaft, für deren Einhaltung zu sorgen.

Konkret werden alle Staaten aufgefordert,

- sicherzustellen, dass sie durch ihre Tätigkeiten den Ausbau der Siedlungen und den Mauerbau in den besetzten palästinensischen Gebieten, inklusive Ostjerusalem, nicht anerkennen oder unterstützen, auch in Bezug auf den Handel mit Siedlungen [...]
- die UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte in Bezug auf die besetzten palästinensischen Gebieten, inklusive Ostjerusalem, zu implementieren und geeignete Massnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Unternehmen in ihrem (Hoheitsgebiet) und/oder unter ihrer Gerichtsbarkeit [...] im Einklang mit den erwarteten Verhaltensnormen gemäss den Leitprinzipien und relevanten völkerrechtlichen Prinzipien und Normen keine groben Menschenrechtsverletzungen an PalästinenserInnen begehen oder dazu beitragen [...]

Unternehmen werden aufgefordert,

- alle notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um bei ihren Geschäftsaktivitäten in oder mit israelischen Siedlungen und der Mauer in den besetzten Gebieten die UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und die relevanten völkerrechtlichen Prinzipien und Normen zu erfüllen, damit negative Auswirkungen ihrer Aktivitäten auf Menschenrechte vermieden werden und sie keine Unterstützung an die Errichtung und Erhaltung von israelischen Siedlungen oder die Ausbeutung natürlicher Ressourcen in den besetzten palästinensischen Gebiete leisten.

Die Resolution zu den israelischen Siedlungen beinhaltet zudem den Auftrag an den Hohen Menschenrechtskommissar der Vereinten Nationen, eine Datenbank zu erstellen, die alle Firmen

beinhaltet, die den Bau und die Weiterentwicklung der Siedlungen ermöglichen, erleichtern oder davon profitieren. Insbesondere gegen diesen Artikel haben die USA und diverse europäische Staaten opponiert.

Wir begrüßen diese Entscheide des Menschenrechtsrats und insbesondere auch die Zustimmung der Schweiz zu den Resolutionen. Sie bekräftigen die Verpflichtung der internationalen Staatengemeinschaften, die israelischen Völkerrechtsverletzungen in den besetzten palästinensischen Gebieten nicht zu dulden. Wir sehen auch die Schweiz in der Verantwortung, ihre bestehende Haltung zum Konflikt im Nahen Osten weiterzuverfolgen, konsequent danach zu handeln und die beschlossenen und von ihr mitgetragenen Resolutionen entschieden umzusetzen.

Konkret fordern wir die Schweiz auf, den Import von Siedlungsprodukten, die führende Grossverteiler schon heute weitgehend aus dem Sortiment genommen haben, in die Schweiz zu verbieten und die Rüstungskoooperation mit Israel einzustellen, solange Israel seine völkerrechtlichen Verpflichtungen nicht erfüllt.

Wir bitten Sie, sich für eine entsprechende Haltung und Aussenpolitik der Schweiz im Sinn der verabschiedeten Resolutionen einzusetzen.